

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Dieter Bogai

Wachstum, Beschäftigung und
haushaltsbezogene Dienstleistungen

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunkt-heft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Wachstum, Beschäftigung und haushaltsbezogene Dienstleistungen

Dieter Bogai, Berlin*

In den Vereinigten Staaten sind in den letzten 25 Jahren kräftige Beschäftigungsgewinne erzielt worden. Dagegen nahm die Zahl der Arbeitsplätze in der Europäischen Union vergleichsweise wenig zu. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern in drei Schüben angewachsen, während sie in den USA trotz wesentlich stärkerer Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt und deutlich höherer Erwerbsbeteiligung auf vergleichsweise geringem Niveau verblieb. Besonders im Vergleich zu den USA fällt die geringe Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums in Europa auf. Sie ist auch die Folge einer relativ geringen Bedeutung von Dienstleistungsarbeitsplätzen. In dem Beitrag werden zunächst die theoretischen Wirkungszusammenhänge von Beschäftigung und Produktivität im Strukturwandel skizziert und mit der tatsächlichen Entwicklung im internationalen Vergleich konfrontiert. Insbesondere wird der Einfluß thematisiert, der von der relativen Produktivitätsentwicklung des sekundären und tertiären Sektors auf die sektorale Beschäftigungsentwicklung und somit auch der Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums ausgegangen ist. Die Ausweitung der Dienstleistungsbeschäftigung hat die Beschäftigungsintensität des Wachstums entscheidend erhöht. Die arbeitsmarktpolitischen Schlußfolgerungen konzentrieren sich auf eine Förderung von personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungsarbeitsplätzen, die einen Beitrag zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit leisten kann.

Gliederung

- 1 Wachstum und Beschäftigung im Strukturwandel
 - 1.1 Theorie des Strukturwandels
 - 1.2 Wachstum und Beschäftigung in langfristiger Entwicklung
- 2 Lohndifferenzierung und Expansion der Dienstleistungsbeschäftigung
- 3 Arbeitsmarktpolitische Strategien
 - 3.1 Differenzierte Arbeitsplatzförderung
 - 3.2 Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungsbereich
 - 3.3 Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen

4 Schlußfolgerungen

Literaturverzeichnis

Der internationale Vergleich der Arbeitsmarktentwicklung zeigt markante Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einerseits und den USA sowie Japan andererseits. Während in Übersee in den letzten 25 Jahren kräftige Beschäftigungsgewinne erzielt wurden, nahm die Zahl der Arbeitsplätze in der Europäischen Union vergleichsweise wenig zu. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern in drei Schüben angewachsen, während sie in den USA trotz wesentlich stärkerer Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt und deutlich höherer Erwerbsbeteiligung auf vergleichsweise geringem Niveau verblieb. Besonders im Vergleich zu den USA fällt die geringe Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums in Europa auf. Sie ist auch die Folge einer relativ geringen Bedeutung von Dienstleistungsarbeitsplätzen. Im folgenden soll untersucht werden, ob durch die Ausweitung von personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungsarbeitsplätzen, wie im Weißbuch der EU-Kommission vorgeschlagen, ein Beitrag zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit geleistet werden kann (EU-Kommission 1994b).

1 Wachstum und Beschäftigung im Strukturwandel

Über den Zusammenhang von Produktionswachstum und Beschäftigung herrschen zum Teil Vorstellungen eines jobless growth vor. Aufgrund technologisch induzierter Fortschritte in der Produktionstechnik würden im Bereich der Fertigung kontinuierlich weniger Arbeitsplätze benötigt. Besonders in den achtziger Jahren wurde befürchtet, daß angesichts der allgemeinen Wachstumsschwäche der niedrige Produktionsanstieg nicht ausreichte, um den Produktivitätsfortschritt in seiner negativen Wirkung auf die Beschäftigung auszugleichen. Aktuell werden die erheblichen Rationalisierungspotentiale und nachteiligen Arbeitsmarktfolgen von Lean Management und Business Reengineering in den Unternehmen thematisiert.

Im folgenden sollen zunächst die theoretischen Wirkungszusammenhänge von Beschäftigung und Produktivität im Strukturwandel skizziert und mit der tatsächlichen Entwicklung im internationalen Vergleich konfrontiert werden. Insbesondere ist von Interesse, welcher Einfluß von der relativen Produktivitätsentwicklung des sekundären und tertiären Sektors auf die sektorale Beschäftigungsentwicklung und somit auch der Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums ausgegangen ist.

1.1 Theorie des Strukturwandels

Die Produktivitätsentwicklung ist Dreh- und Angelpunkt der Theorien des Strukturwandels. Aus der Drei-Sektoren-Hypothese von Fourastié läßt sich ein Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ableiten (siehe auch Klauder 1990b). Der technische Fortschritt, Sättigungserscheinungen in der Nachfrage und die Einkommenselastizitäten der Produktnachfrage führen zur abnehmenden relativen Bedeutung zunächst des landwirtschaftlichen Sektors und dann des warenproduzierenden Gewerbes. Für die in diesen Sektoren freigesetzten Arbeitskräfte seien nach Fourastié (1969) die Dienstleistungen deshalb der Hoffnungsträger, weil die Arbeitsproduktivität in den Dienstleistungen hinter der industriellen Produktivität zurückbleibt und so im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr Arbeitskräfte vom tertiären Sektor absorbiert würden. Zum starken Beschäftigungswachstum im Dienstleistungsbereich trug darüber hinaus die Ausgliederung vormals im verarbeitenden Gewerbe erbrachter unter-

* Dr. Dieter Bogai ist Referatsleiter für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Landesarbeitsamt Berlin-Brandenburg. Frau Dipl.-Soz.-Wiss. Doris Wiethöfer sei an dieser Stelle für kritische Hinweise gedankt. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung des Autors.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung (jährliche prozentuale Veränderung)

	BIP (in konstanten Preisen)				Beschäftigung				BIP je Erwerbstätigen			
	1950-60	1960-73	1973-83	1983-93	1950-60	1960-73	1973-83	1983-93	1950-60	1960-73	1973-83	1983-93
EU(12)	4,6	4,6	2,0	2,0	0,8	0,6	0,3	0,6	3,8	4,0	1,7	1,5
D	8,0	4,4	1,6	2,6	2,1	0,3	-0,3	0,9	5,9	4,1	1,9	1,7
Japan	8,8	9,6	3,6	3,7	2,3	1,3	0,9	1,2	6,5	8,3	2,7	2,5
USA	3,3	4,0	1,8	2,8	1,2	1,8	1,7	1,7	2,1	2,2	0,1	1,1

Quelle: Paque (1996)

nehmensbezogener Dienstleistungen bei. Die Dienstleistungsnachfrage der Unternehmen wird jedoch in stärkerem Maße von neuen Anforderungen z. B. der Informationstechnologien oder gesetzlicher Regelungen bestimmt. Gerade der Bezug zur Leistungssteigerung der industriellen Fertigung ist das Kriterium für die Kategorisierung sog. sekundärer Dienstleistungstätigkeiten wie Beratung, Forschung und Entwicklung (Wolff 1990). Die Zunahme der Dienstleistungstätigkeiten kann im gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß als Erweiterung von Umwegproduktionen angesehen werden. Der zunehmende Dienstleistungsbedarf entspringt in reifen Volkswirtschaften wachsenden Implementationsanforderungen neuen Wissens und steigenden Koordinationserfordernissen wirtschaftlicher Aktivitäten. Den sekundären stehen die sog. primäre Dienstleistungstätigkeiten mit den Tätigkeitsschwerpunkten im Handel, Büro und den allgemeinen Diensten gegenüber, die zur Aufrechterhaltung des gesamtwirtschaftlichen Produktionsflusses dienen oder direkt konsumiert werden.

W.J. Baumol weist auf eine fatale Konsequenz hin, die sich aus den theoretischen Überlegungen zu den sektoralen Produktivitätsdifferenzialen ergibt (Baumol 1967). Unterstellt man eine annähernd gleiche Entlohnung der Arbeitskräfte, sei es durch das System der Lohnverhandlungen oder durch Wettbewerb der Unternehmen um qualifizierte Arbeitskräfte, klaffen angesichts der unterschiedlichen Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung in den Sektoren die relativen Preise für Dienstleistungen und industrielle Waren immer weiter auseinander, so daß die Nachfrage bei entsprechend hoher Preiselastizität der Nachfrage begrenzt wird. Die weniger produktiven Dienstleistungen müßten so vom Markt verschwinden oder öffentlich finanziert bzw. subventioniert werden.¹ Allerdings können die privaten Nachfrager bei steigenden Preisen vor allem einfacher marktbezogener Dienstleistungen auf Substitutionsmöglichkeiten ausweichen. Dies geschieht z. B. durch Selbsterstellung bestimmter Dienste mit Hilfe von Produkten des do-it-yourself-Bereichs (Gershuny/Miles 1983).

Nach den theoretischen Vorstellungen wäre der Strukturwandel zugunsten des tertiären Sektors mit einer gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsabschwächung verbunden. Gleichzeitig würde die Tertiarisierung der Wirtschaft unter langfristigen Wachstumsgesichtspunkten den Produktionszuwachs der Wirtschaft verringern.

¹ Baumol leitet aus dieser Entwicklung die sog. Kostenkrankheit öffentlicher kommunaler Leistungen ab.

² An dieser Stelle sollen die Effekte der Arbeitszeitverkürzung auf die Zahl der Arbeitsplätze ausgeklammert werden, siehe hierzu Walwei, Werner 1995.

³ Siehe zur Diskussion um die Beschäftigungsschwelle: Klauder 1990a sowie Hof 1994.

1.2 Wachstum und Beschäftigung in langfristiger Entwicklung

Wie hat sich der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im internationalem Vergleich entwickelt? Die Schaffung neuer Arbeitsplätze² in einer Volkswirtschaft hängt im wesentlichen von folgenden Schlüsselgrößen ab:

- dem Wirtschaftswachstum
- der Entwicklung von Arbeitsproduktivität
- den Arbeitskosten.

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts lag zunächst in den fünfziger Jahren in Europa um rund ein Drittel über derjenigen in den USA (Tabelle 1). In der Wiederaufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg expandierten Produktion und Beschäftigung besonders stark in der Bundesrepublik Deutschland und Japan. Im Zeitraum von 1960 bis 1973 war das Wachstum in den USA nur um ca. einen halben Prozentpunkt niedriger als in der Europäischen Gemeinschaft. In den achtziger Jahren kehrte sich der Abstand zugunsten der USA um. Im gesamten Zeitraum haben sich die Wachstumsraten von Output und Produktivität abgeschwächt, wobei der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt in den USA bis in die achtziger Jahre hinein weit hinter dem Durchschnitt der OECD-Länder zurückblieb. Gleichzeitig nahm in den USA seit den siebziger Jahren der Reallohn moderat zu. Die Zahl der Beschäftigten lag Anfang der neunziger Jahre um die Hälfte höher als 1970. In der Europäischen Union war es genau umgekehrt, die Reallöhne stiegen – nach Auffassung der OECD zum Teil über den Produktivitätsfortschritt hinausgehend – um die Hälfte, während die Beschäftigung nur leicht zunahm (OECD 1994: 64).

Bei säkular gesunkenen Expansionsraten der Produktion lagen die Zuwachsraten der Beschäftigung relativ eng beieinander. Die Beschäftigungsintensität, also die prozentuale Zunahme der Beschäftigung infolge einer Erhöhung des Wirtschaftswachstums um 1%, hat im Zeitablauf in allen betrachteten Ländern zugenommen. Walwei und Werner (1995: 377) weisen darauf hin, daß in den USA die Zunahme der Beschäftigung parallel zur Ausweitung des Arbeitsvolumens verlief, während in den meisten europäischen Ländern das Arbeitsvolumen praktisch konstant blieb. Die gravierenden Unterschiede in der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsleistung zeigen sich daran, daß in der letzten Dekade ein Prozentpunkt Wirtschaftswachstum die Beschäftigung in den USA um 0,76% ansteigen ließ, in den europäischen Ländern hingegen um nur 0,22%, in den alten Bundesländern um 0,24%. Die Beschäftigungsintensität des Wachstums war also jenseits des Atlantiks mehr als dreimal so hoch wie in der Union.

Der Zusammenhang von Wachstum und Beschäftigung läßt sich ebenfalls an der sog. Beschäftigungsschwelle demonstrieren, die die Höhe des Wirtschaftswachstums bezeichnet, bei der sich der Beschäftigungsstand nicht verändert.³ Sie ist

Tabelle 2: Bruttowertschöpfung je Beschäftigtem in Dienstleistungen und Verarbeitenden Gewerbe in Preisen von 1985 (jährliche durchschnittliche Wachstumsrate in Prozent)

	1971 bis 1990			1980 bis 1990		
	Dienstleistungen	Verarbeitendes Gewerbe	Differenz	Dienstleistungen	Verarbeitendes Gewerbe	Differenz
D	2,3	2,2	0,1	1,4	1,3	0,1
EUR 10	1,5	2,8	-1,3	1,2	2,9	-1,7
USA	0,6	3,2	-2,6	0,4	4,2	-3,8
Japan	2,9	6,1	-3,2	2,2	5,8	-3,6

Quelle: Buiges et al. (1994)

also die Rate, die die negativen Wirkungen der zunehmenden Arbeitsproduktivität auf die Beschäftigung gerade kompensiert. Da sich die Beschäftigungsanpassung mit der Auftragslage im Konjunkturverlauf ändert, sollte sie nur für den Zeitraum eines abgeschlossenen Konjunkturzyklus berechnet werden. Vergleicht man die Wachstumsperiode 1960 bis 1973 in den alten Bundesländern mit dem Zeitraum 1980 bis 1992, ist die Beschäftigungsschwelle für die Gesamtwirtschaft von 3,7% auf 0,7%, im verarbeitenden Gewerbe von 4,5% auf 1,2% gesunken.⁴ In den vergangenen drei Jahrzehnten ist das wirtschaftliche Wachstum in den alten Bundesländern also erheblich beschäftigungsintensiver geworden. Dies ist vor allem auf einen nachlassenden autonomen Produktivitätsfortschritt zurückzuführen. Eine Ursache dürfte in der in den achtziger Jahren sinkenden Investitionsquote zu suchen sein.

Für den internationalen Vergleich der Beschäftigungsentwicklung ist eine Betrachtung der sektoralen Beschäftigungsentwicklung aufschlußreich. Zunächst ist festzustellen, daß es erhebliche Niveauunterschiede in der Wertschöpfung gab. In den USA war die Produktionsleistung je Beschäftigten in der Privatwirtschaft Mitte der sechziger Jahre fast doppelt so hoch wie in der Europäischen Gemeinschaft und fast viermal so hoch wie in Japan (Englander, Gurney 1994). Der in der Folge einsetzende Aufholprozeß Europas und Japans war begleitet von einer unterschiedlichen Entwicklung der sektoralen Produktivitäten, die ihrerseits die Beschäftigung im Strukturwandel steuerten. Zwischen der Arbeitsproduktivität des sekundären und tertiären Sektors bestanden noch vor zwei Dekaden erhebliche Niveauunterschiede, deren Rangfolge zunächst der Theorie widersprach. Die Arbeitsproduktivität der marktbezogenen Dienstleistungen war Anfang der siebziger Jahre in Europa wie in Japan noch um 40% höher als im verarbeitenden Gewerbe, in den USA nur wenig mehr als 30% (vgl. Buiges, Ilzkovitz, Lebrun, Sapir 1994; König-Baudouin-Stiftung 1994: 16). Bei allgemeiner Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts ist das Produktivitätswachstum im sekundären Sektor in der nachfolgenden Zeit nicht so stark gefallen wie im Dienstleistungssektor (Tabelle 2). In der europäischen Union hat sich zwar der Abstand in der durchschnittlichen Wertschöpfung

auf 15% Anfang der neunziger Jahre verringert, aber der Dienstleistungssektor erbrachte immer noch eine höhere Wertschöpfung als der Produktionssektor. In Japan und USA hat sich die Produktivität der Dienstleistungen in Relation zur Industrie noch stärker abgeschwächt. Sie lag zuletzt um rd. 20% unter dem Niveau der industriellen Wertschöpfung.

Für die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungssektor im internationalen Vergleich können Spezialisierungseffekte, Regulierungsdichte und Grad der Marktöffnung der einzelnen Volkswirtschaften verantwortlich sein. Generell weisen die Bereiche Transport und Verkehr sowie Nachrichtenübermittlung wesentlich höhere Wertschöpfungsraten auf als Dienstleistungen des Handels und der Hotels und Gaststätten. Höhere Gewichte letzterer Bereiche trugen zu dem geringen Produktivitätsfortschritt in den USA bei. Der Anteil der Wirtschaftsabteilung Handel an der Beschäftigung liegt in den USA um 10 Prozentpunkte über dem in den alten Bundesländern. Demgegenüber hat sich die Wertschöpfung in der US-amerikanischen Industrie nach einer Schwächeperiode in den siebziger Jahre wieder deutlich erhöht. Hierin könnte eine wichtige Voraussetzung für die Expansionsmöglichkeit der gering produktiven Dienstleistungen gesehen werden, da die industrielle Leistungsfähigkeit den zur Steigerung der Dienstleistungsnachfrage notwendigen gesamtwirtschaftlichen Wohlstandszuwachs erbracht hat. Der internationale Vergleich zeigt zudem, daß der Dienstleistungssektor in den europäischen Ländern eine vergleichsweise hohe Wertschöpfung erzielt. Nach Modellrechnungen könnte die Beschäftigung in der Europäischen Union um 10 Millionen Arbeitsplätze höher liegen, wenn es zu einem ähnlichen hohen Produktivitätsgefälle zwischen Industrie und Dienstleistungen käme wie in den USA und Japan (König-Baudouin-Stiftung 1994).

Im Vergleich zu anderen Industrieländern wird in den alten Bundesländern auf den hohen Anteil von Beschäftigten in der Industrie hingewiesen.⁵ Zwar nahmen auch dort Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteil des Dienstleistungssektors in den letzten drei Dekaden deutlich zu, doch ist die Bedeutung von industriellen Arbeitsplätzen aufgrund des hohen Gewichts der Exportwirtschaft von jeher größer als in anderen Ländern. Nach sektoraler Abgrenzung waren in der ersten Hälfte der neunziger Jahre rund 30% der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. In den meisten anderen Industrieländern waren es ca. 20%, in Japan etwa ein Viertel (EU-Kommission 1994a: 116). Dieses relativ hohe Gewicht des sekundären Bereichs wird auch durch die Tätigkeitsstrukturen in der Erwerbstätigkeit bestätigt. Danach waren im Jahre 1991 ein Drittel der Erwerbstätigen im Bereich der Produktionstätigkeiten beschäftigt (Tessaring 1994). Bezieht man die Industriebeschäftigten auf die Erwerbsbevölkerung, verringert sich der Industriebesatz in Deutschland im Ver-

⁴ Vgl. hierzu B. Hof (1994:134). Eine neuere Berechnung von Hof (1995) zeigt für den Zeitraum 1981/94 einen Wiederanstieg der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsschwelle auf 1,5%. Hierfür ist auch der starke Produktivitätsanstieg im Jahre 1994 mitverantwortlich, der durch den kräftigen Personalabbau herbeigeführt wurde. Ob sich im jüngsten Konjunkturzyklus eine Trendumkehr anbahnt, kann erst nach einigen Jahren dauerhaften Produktionswachstums festgestellt werden.

⁵ Internationale Vergleiche zum Tertiärisierungsgrad der Wirtschaft werden dadurch erschwert, daß die statistischen Zuordnungen z. B. von Reparaturdiensten differieren oder einzelne Dienstleistungsbereiche wirtschaftlich anders organisiert sind. Zudem ist der Grad der Auslagerung unternehmensbezogener Dienstleistungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten.

gleich zu den USA. Ursache hierfür ist die in den USA um rd. 10 Prozentpunkte höher liegende Erwerbsbeteiligungsquote (Scharpf 1995).

Trotz der Spezialisierung auf den industriellen Sektor ist Deutschland das einzige Land, in dem die Industrie weniger produktiv ist als die übrige Wirtschaft. Dies zeigt sich daran, daß der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt geringer ist als der Anteil an der Beschäftigung (EU-Kommission 1994a:117). Der Beschäftigungsbeitrag der Industrie erscheint somit größer als vom Produktionsergebnis zu erwarten wäre. Das schlechte Ergebnis für das verarbeitende Gewerbe könnte aber auch Reflex der besonderen Leistungsfähigkeit der anderen Sektoren sein. Dagegen spricht jedoch das Nachlassen des industriellen Produktivitätsfortschritts seit Mitte der achtziger Jahre. Für die EU-Kommission deutet das starke Gewicht des Industriesektors und die relativ hohe Produktivität des Dienstleistungsbereichs darauf hin, daß „der Dienstleistungssektor in Westdeutschland ein im Vergleich zu anderen Ländern großes Expansions- und Arbeitsplatzpotential besitzt“ (vgl. EU-Kommission 1994a:117).

2 Lohndifferenzierung und Expansion der Dienstleistungsbeschäftigung

Eine umstrittene Frage ist, ob die Produktivitätsunterschiede zwischen Industrie und Dienstleistungen durch entsprechende Lohndifferenziale mit der Folge zunehmender Lohnspreizung zwischen den Branchen kompensiert werden sollten. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat wiederholt auf die wichtige beschäftigungspolitische Bedeutung einer hinreichend differenzierten Lohnstruktur nach Qualifikation der Arbeitskräfte, nach Branchen und nach Regionen hingewiesen (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1988/89: Tz. 339 ff. sowie derselbe, Jahresgutachten 1993/94: Tz. 368 ff.). Obwohl bei vollständiger Mobilität von Arbeitskräften und Sachanlagen die Faktoren gleich entlohnt werden müßten, sei das tatsächliche Ausmaß des sektoralen Lohngefälles in den alten Bundesländern beträchtlich.⁶ Ob dieses unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten ausreiche, sei hingegen schwer zu beurteilen, da es an einem geeigneten Referenzmaßstab zur Beurteilung einer angemessenen Differenzierung fehle. In besonderer Weise gilt dies für eine verstärkte sektorale Lohnspreizung, die zwar den Wandel der Beschäftigtenstruktur zugunsten wachstumsstarker Bereiche fördert, andererseits aber den Strukturwandel dämpft und wachstumspolitisch nachteilig ist.

Das Ausmaß der sektoralen Lohndrift wird u. a. bestimmt durch die Gewinnsituation der entsprechenden Branche, die Wettbewerbsbedingungen auf den (Teil-)Arbeitsmärkten und

die Form der Tarifvereinbarungen. Überdurchschnittliche Steigerungen der Arbeitsproduktivität in bestimmten Branchen, wie z. B. der Automobilindustrie, werden auf Wettbewerbsmärkten nicht in vollem Umfang durch entsprechende Lohnsteigerungen an die Beschäftigten, sondern durch Preissenkungen an die Verbraucher weitergegeben. Dieser Effekt sorgt für einen geringeren Inflationsdruck auf die Volkswirtschaft. Eine gegenläufige Wirkung auf das Preisniveau ergibt sich aus der Tendenz zur relativen Verteuerung von Dienstleistungen. In der Europäischen Union sind die Preise der Dienstleistungen zwischen 1970 und 1990 um 1,3 Prozentpunkte stärker gestiegen als der Deflator für industrielle Waren. Im gleichen Umfang war der Produktivitätsfortschritt geringer.⁷ Die Entlohnung ist relativ zur Industrie um 0,4 Prozentpunkte gefallen. Insgesamt sind in allen Ländern der Triade die Löhne im Dienstleistungssektor in Relation zur Industrie gesunken. Die Produktivitätsdifferenzen haben sich allerdings in stärkerem Maße in den Dienstleistungspreisen niedergeschlagen als in den Lohndifferenzialen. Die Unterschiede in der sektoralen Entlohnung sind besonders stark in den USA ausgeprägt, wo in den Dienstleistungen 1990 durchschnittlich rd. 30% weniger als im verarbeitenden Gewerbe verdient wird. In Japan und der Europäischen Union lag die Differenz bei durchschnittlich 10%. Bemerkenswert niedrig ist die Entlohnung der Dienstleistungsbeschäftigten in Westdeutschland. Sie lag im Jahre 1990 im Schnitt um 20% unter dem industriellen Durchschnittslohn, während die Produktivität um 30% höher war. Von der Lohnstruktur wäre ein stärkeres Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor zu erwarten.

Während die Beschäftigungsentwicklung in den europäischen Ländern, abgesehen von einer leichten Besserung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre langfristig, stagniert, wurden in den letzten 25 Jahren in den USA außerhalb der Landwirtschaft per saldo mehr als 40 Millionen Arbeitsplätze geschaffen.⁸ Dies ist nicht etwa auf eine beschleunigte Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen, sondern auf die Vergrößerung des gesamten Arbeitsvolumens. Das Arbeitsvolumen expandierte im Zeitraum von 1983 bis 1995 sogar um knapp ein Drittel (Horn 1996). Die Zahl der Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe blieb in den letzten Jahrzehnten praktisch unverändert. Das Beschäftigungswunder in den USA⁹ beruht somit fast ausschließlich auf einer Zunahme des Dienstleistungssektors. Neue Arbeitsplätze wurden vor allem in den unternehmensnahen Dienstleistungen, dem Einzelhandel, den Gaststätten und den sozialen Dienstleistungen geschaffen.¹⁰

Mit Ausnahme letzterer sind dies Sektoren mit niedrigeren Durchschnittslöhnen. Gleichwohl dürfte nur ein geringerer Teil der Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich entstanden sein, da etwa zwei Drittel der zusätzlichen Arbeitsplätze Angehörigen mittlerer und oberer Berufskategorien zugute kamen, deren Einkommen über dem Median liegen.

Von beschäftigungspolitischer Bedeutung war für den amerikanischen Arbeitsmarkt zudem das Wachstum des Arbeitskräfteangebots um ein Viertel in den letzten 20 Jahren. Es handelte sich hierbei in hohem Umfang um Einwanderer aus Niedriglohnländern, die einen entsprechenden Druck auf die Löhne im unteren Produktivitätsbereich ausgeübt haben. Den bemerkenswerten Beschäftigungszuwächsen durch Ausweitung des Dienstleistungssektors steht eine disparate Entwicklung der Lohneinkommen in den USA gegenüber. Die qualifikatorische Lohnspreizung hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Insgesamt hat sich der Abstand zwischen unterem und oberem Dezil der Einkommensverteilung im

⁶ Möller und Bellmann können für die alten Bundesländer in den achtziger Jahren zunehmende interindustrielle Lohndifferenziale und eine Ausweitung der qualifikatorischen Verdienstunterschiede nachweisen. Vgl. Möller/Bellmann 1995.

⁷ Vgl. zu den folgenden Angaben Buiges et al. 1994: 14.

⁸ Vgl. Auer (1995). Auch die Erholung nach der letzten Rezession Anfang der neunziger Jahre geschah rasch. Zwischen Anfang 1992 und 1995 entstanden per saldo 8,2 Mill. neue Arbeitsplätze, davon mehr als 80% im Dienstleistungssektor; vgl. G.A. Horn (1996).

⁹ Bereits in den achtziger Jahren fand die amerikanische Beschäftigungsentwicklung in der deutschen Arbeitsmarktdiskussion große Beachtung. Siehe Bundesanstalt für Arbeit (1986); Klauer (1988); Hoffmann (1988) sowie Krupp (1986).

¹⁰ Vgl. zur Analyse der jüngsten amerikanischen Beschäftigungsentwicklung Auer 1995.

zurückliegenden Jahrzehnt um rund 20% vergrößert. Im Vergleich zu Deutschland ist in den USA die Lohnstreuung oberhalb des Durchschnittseinkommens um 35%, unterhalb sogar um fast 40% größer (OECD 1993). Somit bietet die amerikanische Entwicklung ein ambivalentes Bild: ein starkes Beschäftigungswachstum bei zunehmenden Ungleichheiten zwischen den oberen und unteren Lohnbeziehern.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß eine starke Besetzung der unteren Einkommensklassen und ein soziales Sicherungssystem, das lediglich eine wenig generöse und zudem nur kurzfristige Hilfe bietet, einen Druck auf Arbeitskräfte auf der unteren Stufe der Produktivitätsskala ausgeübt hat, zu fast jeder Bedingung eine Beschäftigung anzunehmen. Die USA seien mittlerweile zu einer hart arbeitenden Doppelverdiener-Gesellschaft ohne Urlaub geworden, die kaum Verbesserungen ihres Lebensstandards erzielen konnte (Freeman 1992).

Ein wichtiger Einfluß auf die Beschäftigungsmöglichkeiten besonders gering qualifizierter Arbeitnehmer geht von der Lohnentwicklung aus. In den USA ist der Reallohn am unteren Ende der Verdienstskala in den achtziger Jahren um mehr als 10% gesunken (OECD 1994: 19f.). In den europäischen Ländern sind die Reallöhne dagegen gestiegen. Die höchsten Steigerungsraten wurde für die unteren Lohngruppen in den alten Bundesländern erzielt. Die Reallöhne stiegen in der letzten Dekade mit einer jährlichen Rate von 2,5%. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Reallohnelastizität im Bereich unqualifizierter Arbeit deutlich stärker ausgeprägt ist als bei qualifizierter Beschäftigung (Fitzroy/Funke 1994). Arbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeitnehmer gingen auch dadurch verloren, daß hier stärkere Möglichkeiten bestehen, Arbeit durch Sachkapital zu ersetzen. Auf der anderen Seite kann die Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung mit verstärktem working-poor-Effekt einhergehen. Eine Studie des US-Bureau of the Census kommt zu dem Ergebnis, daß der Anteil der Geringverdiener an der Armutsgrenze von 12% im Jahre 1979 auf 18% im Jahre 1990 gestiegen ist.¹¹

3 Arbeitsmarktpolitische Strategien

In der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wird der Technologiegehalt der Produktion zunehmen und der internationale Wettbewerb intensiver werden. Die Globalisierung der Wirtschaft erhöht allgemein den Anpassungsdruck der Volkswirtschaften und steigert die Notwendigkeit zur Höherqualifizierung. Die verstärkte internationale Arbeitsteilung dürfte die Spezialisierung der deutschen Wirtschaft auf qualifikationsintensive Produkte weiter vorantreiben. Folglich geraten die Arbeitsplätze am unteren Ende des Produktivitätsbereichs zunehmend unter Druck. Für die alten Bundesländer wird erwartet, daß sich die Zahl der Arbeitsplätze für gering qualifi-

zierte Arbeitskräfte bis zum Jahr 2010 gegenüber 1991 nochmals halbieren wird (vgl. Tessaring 1994). Dadurch dürfte die ohnehin schon überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit der un- und angelernten Erwerbspersonen weiter steigen. Mit einer Ausdehnung des Arbeitsplatzangebots im Bereich von binnenabsatzorientierten Dienstleistungen könnte für diese Personengruppen ein zusätzliches Arbeitsplatzangebot geschaffen und damit ein Beitrag zur Verringerung der Sockelarbeitslosigkeit geleistet werden (Klöß 1996).¹²

3.1 Differenzierte Arbeitsplatzförderung

Im zunehmenden internationalen Wettbewerb führt kein Weg an der Erhöhung der Produktivität in den Unternehmen vorbei, um als exportorientierte Industrienation auf den Weltmärkten ein wettbewerbsfähiges Angebot erbringen zu können. Produktivitätserhöhungen und gemeinsames Wachstum von Produktion und Beschäftigung schließen sich nicht gegenseitig aus, wenn der Produktivitätsfortschritt zu relativen Preissenkungen führt. Durch Eroberung von höheren Weltmarktanteilen läßt sich dann auch die Beschäftigung steigern. Besonders für Deutschland erzwingt die kräftige Aufwertung der D-Mark gegenüber dem gewogenen Durchschnitt der Währungen der wichtigsten Handelspartner noch stärkere kompensierende Anstrengungen. Ein Teil der Beschäftigungsprobleme Europas ist nach Auffassung der EU-Kommission auf die mangelnde Erschließung von Zukunftsmärkten und zu wenig Produktinnovationen zurückzuführen. Stattdessen wurden in Europa in starkem Maße arbeitssparende Prozeßinnovationen in traditionellen Sektoren vorgenommen. Die EU-Kommission hat Ende 1993 ihr vielbeachtetes Weißbuch vorgelegt, in dem einerseits für eine Wachstumspolitik durch Maßnahmen im Infrastrukturbereich und der technologieorientierten Industrieforschung plädiert wird, andererseits durch Verringerung der Kosten für gering qualifizierte Arbeit das Arbeitsvolumen am unteren Ende der Produktivitätsskala gesteigert werden soll.¹³

Nach Vorstellungen der EU-Kommission sollte vor allem die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert werden. Angesichts des Produktivitätsrückstands im verarbeitenden Gewerbe gegenüber den USA und Japan sollte die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote spürbar erhöht werden. Der dadurch ermöglichte Wohlstandszuwachs begünstigt das Wachstum von Dienstleistungsarbeitsplätzen. In der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung führte eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner um 1% zu einer Erhöhung des Anteils der Beschäftigten in marktbezogenen Dienstleistungen um 0,3% (vgl. Buiges et al. 1994: 9).

Parallel hierzu soll die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums gesteigert werden. Vor allem soll die fiskalische Belastung der Arbeitskosten verringert werden. Der Faktor Arbeit wird in der Europäischen Union in Relation zu den Arbeitskosten im Schnitt mit 40% Abgaben und Steuern belastet, in den USA sind es 30%, in Japan 20% (EU-Kommission 1994b: 167). Vor dem Hintergrund des in den meisten Ländern festzustellenden regressiven Charakters der Sozialabgaben wird vorgeschlagen, durch Tarifänderungen vorrangig die Lohnnebenkosten für gering qualifizierte Arbeitskräfte zu senken. Durch Verringerung der Abgaben und Steuern auf die niedrigsten Löhne in mehreren Ländern mit sehr hohen Sozialbeiträgen um 30 bis 40% könnte die Beschäftigung um 2% zunehmen (EU-Kommission 1994b: 20). In der Mehrzahl der EU-Länder sollten die Lohnnebenkosten für minderqualifizierte Arbeit bis zum Jahr 2000 um ein Volumen gesenkt werden, das 1 bis 2 Prozent des Bruttosozialprodukts entspricht.¹⁴

¹¹ Arbeitseinkommen an der Armutsgrenze werden dabei für einen Vier-Personen-Haushalt auf 44% des durchschnittlichen Jahreseinkommens eines männlichen Vollzeitbeschäftigten festgelegt. 1990 lag dieser Grenzwert bei 12 195 US-Dollar. Vgl. OECD 1994: 22.

¹² Siehe zu den arbeitsmarktpolitischen Strategien zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit Bogai (1995).

¹³ Siehe auch Walwei, Werner 1994 sowie zur Kritik am EU-Weißbuch König 1994.

¹⁴ Für die Bundesrepublik Deutschland sind die Beschäftigungseffekte einer Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in einem makroökonomischen Simulationsmodell geschätzt worden. Danach weist eine Umfinanzierung von Leistungen der Arbeitslosenversicherung zulasten einer Mehrwertsteuererhöhung die höchsten Nettobeschäftigungseffekte auf. Siehe dazu Buttler (1994). Aus meiner Sicht sind die Beschäftigungswirkungen einer Lohnnebenkostensenkung bei gering qualifizierter Arbeit aufgrund der größeren Nachfrageelastizität überzeugender als bei einer generellen Verringerung der Lohnnebenkosten über alle Qualifikationsstufen. Außerdem zeigt sich im internationalen Vergleich, daß kein unmittelbarer

Dieser Vorschlag ist teilweise verknüpft mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze und Tätigkeiten - insbesondere durch Nutzung des Potentials der Klein- und Mittelbetriebe - im Umwelt- und Dienstleistungsbereich zu schaffen. Die EU-Kommission sieht als Teil ihres Aktionsprogramms für mehr Beschäftigung unerschlossene Reserven neuer Beschäftigungsmöglichkeiten als „Antwort auf neue Bedürfnisse“.¹⁵

3.2 Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungsbereich

Vor allem im Bereich der personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen wird ein erhebliches Beschäftigungspotential gesehen. Sie sind weitestgehend vor überregionalem Wettbewerb geschützt. Ein ähnlich starker Anreiz zur Arbeitskräftemobilität, wie sie derzeit im Baubereich herrscht, ist nicht gegeben. Die Erbringung und der Verbrauch der Leistungen stimmen örtlich und zeitlich überein. Aus beschäftigungspolitischer Sicht vorteilhaft erweist sich die geringe Möglichkeit der Produktivitätssteigerung. In der Dienstleistungsdichte des deutschen Arbeitsmarktes lassen sich im internationalen Vergleich erhebliche Rückstände feststellen. Bezogen auf die Erwerbsbevölkerung weisen die USA und Schweden einen wesentlich höheren Anteil personen- und haushaltsbezogener Dienstleistungen auf (Scharpf 1995). In Relation zur Bevölkerung zeigt sich ein Rückstand von ca. 80 fehlenden Dienstleistungsarbeitsplätzen je 1000 Einwohnern. Gemessen an der Dienstleistungsdichte in den Vereinigten Staaten ergibt sich in Deutschland ein rechnerisches Potential von rd. 6,5 Millionen Dienstleistungsarbeitsplätzen (Klöß 1996).

Das Grundproblem für die Entwicklung eines Marktes für haushaltsbezogene Dienstleistungen besteht in der zahlungsbereiten Nachfrage und in der Höhe der Bereitstellungskosten für solche Dienste. Darüber hinaus mögen gesellschaftliche Normvorstellungen und bestimmte Lebensgewohnheiten, die sich in Zeiten kontinuierlichen Wirtschaftswachstums und abnehmender Einkommensstreuung gebildet haben, eine Abneigung gegen diese Tätigkeiten erzeugen.

Die Dienstleistungsnachfrage von privaten Haushalten ist ein superiores Gut. Haushalte mit höheren Einkommen fragen absolut und relativ mehr Dienstleistungen nach. Außerdem ist die Nachfrage nach personenbezogenen Dienstleistungen

hochgradig preiselastisch. Der private Haushalt kann zwischen Dienstleistungskauf und Eigenproduktion abwägen. Für eine Selbsterstellung sind Opportunitätskosten durch entgangene Erwerbseinkommen in Rechnung zu stellen. Je größer bei annähernd gleicher Produktivität von Eigenproduktion und Kauf die Lohndifferentiale in einer Volkswirtschaft sind, um so vorteilhafter ist es für Angehöriger höherer Einkommensgruppen, die Dienstleistungen einzukaufen und die eigene Erwerbsarbeitszeit auszuweiten (Schettkat 1996: 113). Die USA können nach Schettkat als Beleg für diese These angesehen werden. Dort sind die Lohndifferentiale hoch und der Trend zur Arbeitszeitverkürzung wurde Ende der sechziger Jahre gestoppt.

Im internationalen Vergleich sind die Höhe des Pro-Kopf-Sozialprodukts und der Anteil von sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen positiv miteinander korreliert. Bei Ländern mit annähernd gleichem Einkommensniveau weisen besonders die nordeuropäischen Staaten einen mehr als 10 Prozentpunkte höheren Anteil in diesem Dienstleistungssegment auf als etwa Deutschland und Österreich (OECD 1994: 7). In den wohlfahrtsstaatlich geprägten Ländern werden bestimmte persönliche Dienstleistungsfunktionen vor allem im Sozialbereich durch staatliche Stellen oder Organisationen ohne Erwerbsscharakter erbracht. Das schwedische Beispiel zeigt die makroökonomischen Zielverzichte, die sich bei einer Ausweitung der Dienstleistungsbeschäftigung ohne Lohndifferenzierung ergeben. Dort ist die Beschäftigungsexpansion im öffentlichen Dienstleistungsbereich mit geringen Lohnunterschieden, stagnierendem Pro-Kopf-Einkommen und zunehmender Staatsquote einhergegangen.

Die Alterung der Bevölkerung sowie eine steigende Anzahl von Einpersonenhaushalten deuten auf einen zunehmenden Bedarf personeller Dienste hin. Der Anteil der über 60jährigen an der Bevölkerung wird sich von derzeit etwa 20% auf über ein Drittel im Jahre 2030 erhöhen (Thon 1995). Außerdem übt eine hohe Erwerbsquote der Frauen einen positiven Einfluß auf die Nachfrage nach haushaltsbezogenen Diensten aus. Dies gilt für die skandinavischen Länder und die USA gleichermaßen.

3.3 Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen

Um einen nennenswerten Beschäftigungsbeitrag durch haushaltsbezogene Dienstleistungen zu erzielen, wird gefordert, die Entwicklung solcher Märkte durch eine Förderung beider Marktseiten zu unterstützen.¹⁶ Hierzu gehören Vorschläge, die die Nachfrage durch direkte Transfers oder steuerliche Erleichterungen subventionieren bzw. die Erbringer solcher Leistungen teilweise durch Sozialtransfers begünstigen. Der Angebotsseite können Beihilfen für Unternehmensgründungen oder besondere Förderungen zur Einstellung von Arbeitslosen gewährt werden. Zudem können institutionelle Neuerungen die Ausbreitung solcher Dienste beschleunigen. So ist in Japan eine Nachfrage nach Sicherheitskräften in Wohngebäuden durch gesetzliche Vorschriften erzeugt worden.

Wesentliche Preisminderungen für die Verbraucher von personenbezogenen Diensten könnten durch die Einführung von Dienstleistungsgutscheinen erzielt werden. Sie werden entweder als Anrecht auf Nachbarschaftsdienste für bedürftige Personengruppen ausgegeben oder frei verkauft wie z. B. in Frankreich. Dort zahlt der Arbeitgeber die Sozialabgaben für seinen Mitarbeiter in vollem Umfang und bekommt dafür das gezahlte Entgelt bis zu einer Höhe von knapp 13000 DM im Jahr auf die Einkommenssteuerschuld angerechnet. Vorteile

Zusammenhang zwischen der Höhe der Lohnnebenkosten und den gesamten Arbeitskosten existiert. In Ländern mit hohen Lohnnebenkosten sind die direkten Arbeitsentgelte vergleichsweise gering, während in Ländern mit niedrigen Lohnnebenkosten die Direktlöhne relativ hoch ausfallen, wobei dort die Sozialversicherungen überwiegend aus Steuermitteln finanziert werden. So zeigt der Vergleich zwischen Dänemark und Deutschland, daß es keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Abgabenstruktur und Höhe der Arbeitslosigkeit gibt. Im übrigen führen verringerte Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen nur dann zur mehr Beschäftigung, wenn die Unternehmen diese Kostenbelastungen nicht überwälzen konnten. Nach derzeitigem Stand der wissenschaftlichen Diskussion liegen keine eindeutigen Ergebnisse zum Nettobeschäftigungseffekt einer alternativen Finanzierung der Sozialleistungen vor, vgl. Franz/Profit (1994).

¹⁵ Als Beispiele werden im Bereich Nachbarschaftsdienste Haushaltshilfen für alte und behinderte Personen, Betreuung von Kindern, Hilfen für Jugendliche, Sicherheit von Wohngebäuden, Erhaltung des örtlichen Handels und zur Verbesserung der Lebensqualität, Sanierung von Wohnvierteln, Verbesserung des örtlichen Verkehrs durch bedarfsgerechte oder neue Dienste genannt. Siehe Europäische Kommission (1994c: 22).

¹⁶ Vgl. König-Baudouin- Stiftung 1994. Eine Subventionierung des Angebots personenbezogener Dienstleistungen durch Lohnkostenzuschüsse der BA ist teilweise bereits durch ABM und die produktive Arbeitsförderung realisiert. So waren in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 1994 durchschnittlich rd. 10000 ABM-Beschäftigte im sozialen Bereich tätig. In den neuen Bundesländern waren 1994 fast 50000 Personen in durch ABM oder Paragraph 249h AFG geförderten sozialen Dienstleistungstätigkeiten beschäftigt.

dieser Lösung sind eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie ein verringerter Anreiz zur Schattenwirtschaft.

Ein Vorschlag der Belgischen König-Baudouin-Stiftung sieht vor, daß 2,5% der gesamtwirtschaftlichen monatlichen Lohnsumme (rund 100 Mrd. Belgische Francs BEF) in Dienstleistungsgutscheine umgewandelt werden (König-Baudouin-Stiftung 1994). Die große Dimensionierung des Subventionsbetrages wird damit begründet, daß ein Masseneffekt und eine nachhaltige Änderung der Konsumgewohnheiten erzielt werden soll. Der Nennwert des Gutscheins würde für einen Haushalt auf monatlich ca. 1900 BEF (rd. 100 DM) lauten. Im Modell würden ein Nettobeschäftigungszuwachs von 67000 Arbeitsplätzen für die Gesamtwirtschaft und zusätzliche Einnahmen für Staatshaushalt und Sozialversicherungen von 4 Mrd. BEF resultieren (König-Baudouin-Stiftung 1994: 73). Realisiert wurden in Belgien allerdings bisher nur lokale Arbeitsvermittlungsstellen, die Arbeitslose in Bereiche wie persönliche Dienstleistungen, Umweltschutz, Sicherheitsdienste und Freizeitaktivitäten vermitteln. Für die Vergütung der Leistungen erwirbt der Auftraggeber spezielle Kupons, die die Arbeitsvermittlungsstelle anbietet (EU-Kommission 1995).

Auch für die alten Bundesländer wurden die Beschäftigungs- und Budgeteffekte einer steuerlichen Begünstigung von Haushaltshilfen berechnet (Vogler-Ludwig 1995). Es wurden Modellrechnungen nach Höhe des steuerlich absetzbaren Betrages und der Eingrenzung der begünstigten Haushalte durchgeführt. Die höchsten Beschäftigungseffekte sind zu erwarten, wenn die Förderung für alle Haushalte einkommensunabhängig ausgestaltet wird. Die zusätzlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhen die Einnahmen im Bereich der Lohnsteuer und der Sozialversicherung. Diese könnten die Einkommenssteuerausfälle durch die steuerliche Anrechnung der Arbeitgeber in etwa kompensieren. Wie bei allen gesamtfiskalischen Rechnungen stellt sich auch hier das Problem, daß zwischen Nutznießern und Verlierern einer solchen Förderung keine fiskalische Äquivalenz besteht.

Als Argument für die Subventionierung einfacher Dienstleistungstätigkeiten werden gesamtfiskalische Berechnungen der eingesparten Ausgaben im Vergleich zur Alternative Arbeitslosigkeit und der Einnahmen aus der zusätzlichen Beschäftigung genannt. Zudem schlagen möglicherweise Vorteile gegenüber der Beschäftigung von Zielgruppen in ABM zu Buche. Eine Beschäftigung auch am unteren Ende des wettbewerbsbestimmten Arbeitsmarktes dürfte ein positives Image der Arbeitserfahrung bewirken. Eine Bewerbung aus dem Job heraus erscheint erfolgreicher als aus Arbeitslosigkeit. Außerdem muß der Status nicht auf Dauer bestehen bleiben. So zeigt eine Analyse des Dänischen Arbeitsmarktes, daß die Einkommensmobilität aus unteren Einkommensgruppen heraus stark entwickelt ist (Bingley, Bjørn, Westergård-Nielsen 1995).

Aus allokativen Gründen wird üblicherweise die Überlegenheit sozialpolitisch motivierter monetärer Transfers abgeleitet, da der Transfernehmer durch freie Entscheidung zur Einkommensverwendung ein höheres Wohlfahrtsniveau erreichen kann (Substitutionseffekt). Bei dem Vorschlag der

Dienstleistungssubventionierung für Bezieher geringer Einkommen und Familien ist die Zweckgebundenheit mit dem Ziel der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze für gering qualifizierte verknüpft.

Da es sich bei den personenbezogenen Dienstleistungstätigkeiten häufig um Niedriglohnarbeitsplätze handelt, ist auch ein Vorschlag zur Lohnsubventionierung im Bietverfahren diskussionswürdig. Der grundsätzlichen Vorstellung zufolge könnten die Unternehmen den Arbeitsämtern zu besetzende Arbeitsplätze mit der entsprechenden Lohnhöhe melden. Die Lohnsubventionen würden an Unternehmen für diejenigen Arbeitsplätze vergeben, für die der Zuschußbedarf gegenüber dem durch das Transfersystem definierten Mindestlohn am geringsten ausfällt (Otremba 1995).

In Deutschland wird das Thema einer Stärkung der personenbezogenen Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem sog. Dienstmädchenprivileg diskutiert. Die steuerliche Subvention wird mit der Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in privaten Haushalten begründet. Die Abzugsfähigkeit von der Bemessungsgrundlage hat allerdings problematische Verteilungswirkungen, da davon Privathaushalte mit höherem Einkommen überproportional begünstigt werden. Eine steuerliche Förderung sollte eher durch Abzug von der Steuerschuld oder durch überproportionale Begünstigung besonders bedürftiger Gruppen wie alleinerziehender Personen mit geringem Einkommen erfolgen.

Ab 1996 wird die vom Bundesverfassungsgericht 1992 geforderte Integration des Steuer- und Transfersystems umgesetzt und die Höhe des steuerlichen Existenzminimums an den durch die Sozialhilfe definierten Mindestbedarf angehoben. In letzter Zeit ist besonders stark das Problem der sog. Armutsfalle thematisiert worden, die die Besetzung von Arbeitsplätzen am unteren Ende der Verdienstskala beeinträchtigt. Mit der Anhebung des steuerlichen Existenzminimums ist zumindest die steuerliche Ungleichbehandlung von Niedrigeinkommen beseitigt worden. Allerdings liegt der Anrechnungssatz von Einkommen oberhalb des Freibetrags für Erwerbseinkommen auf die Sozialtransfers bei 100%. Deshalb würde es sich bei rational verhaltenden Transferempfängern nicht lohnen, Erwerbseinkommen zu erzielen, die häufig am unteren Ende der Einkommensskala liegen. Deshalb wird vorgeschlagen, den Anrechnungssatz z. B. auf 50% zu senken, um einen hinreichenden Anreiz zur Arbeitsaufnahme zu schaffen.¹⁷ In diesem Falle würde der Einkommensbereich, in dem Unterstützungszahlungen geleistet werden, genau verdoppelt, was wiederum Rückwirkungen auf den Grundfreibetrag der Einkommenssteuer hätte und einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf auslöst. Den positiven Anreizwirkungen dieser Regelung auf die Arbeitsbereitschaft von Sozialtransferbeziehern, Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich personenbezogener Dienste wahrzunehmen, wären die negativen Beschäftigungswirkungen entgegenzustellen, die je nach Finanzierungsart der zusätzlichen Belastungen entstehen können (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1993/94: Tz. 314 ff.).

Als Argument gegen die Etablierung von Arbeitsplätzen am unteren Ende des Arbeitsmarktes wird eine zunehmende Marginalisierung von Beschäftigungsverhältnissen befürchtet. Über Umfang und Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung liegen unterschiedliche Angaben vor (siehe zu den unterschiedlichen Meßkonzepten und Ergebnissen Kohler, Rudolph, Spitznagel 1996). Nach Angaben aus dem Mikrozensus, der auf die regelmäßig ausgeübte Tätigkeit abstellt, gab

¹⁷ Unermüdlicher Befürworter eines beschäftigungsorientierten Sozialtransfersystems ist J. Mitschke. Siehe Mitschke (1995). Siehe zur Darstellung der Arbeitsmarktwirkungen einer negativen Einkommensteuer Kress (1994).

es 1990 in den alten Bundesländern 1,5 Mill. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, davon waren 1,1 Mill. Personen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Diese Zahl hat sich bis 1994 etwas verringert. Für 1992 wird nach einer Untersuchung des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftsforschung, die auch gelegentliche Tätigkeiten erfaßt, die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in den alten Bundesländern auf 3,8 Mill. veranschlagt, gegenüber 1987 habe sich die Zahl um ein Viertel erhöht (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 1993). Darunter seien 732000 sozialversicherungsfreie Beschäftigte in Privathaushalten, eine Steigerung in fünf Jahren um mehr als ein Viertel. Zusätzlich waren 1992 noch 256000 Personen in privaten Haushalten geringfügig nebetätig. Im langfristigen Vergleich korrespondiert dieser Anstieg der geringfügigen Beschäftigung mit einem Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bereich der Privathaushalte.¹⁸

Um mit der Förderung von Dienstleistungsarbeitsplätzen sozial abgesicherte Beschäftigungsalternativen zu schaffen, wird vorgeschlagen, das Angebot persönlicher Dienstleistungen im Rahmen von Dienstleistungs-Pools zu organisieren (Weinkopf 1995). Hierdurch könnte die Leistungserbringung professionalisiert werden. Die Dienstleistungsfirma würde für eine gleichmäßige Auslastung der Arbeitskräfte sorgen und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen. Zwar wären die im Rahmen von Pools erbrachten Leistungen teurer, aber dies könnte vermutlich durch höhere Qualität und Zuverlässigkeit ausgeglichen werden. Aufgrund der Institutionalisierung dürften zudem die gesamtwirtschaftlichen Transaktionskosten einer gewerblichen Erbringung von personalen Diensten möglicherweise geringer sein.

Allerdings ist wegen der höheren Kosten zu erwarten, daß ein Teil der Nachfrage zurückgedrängt bzw. der Anreiz zur Schattenwirtschaft erhöht wird. Auch die ersten Erfahrungen aus der Pflegeversicherung deuten darauf hin, daß der Beschäftigungseffekt durch professionelle Pflegedienste geringer als erwartet bleibt, da die über die Sachkosten mögliche Eigenbringung der Pflegeleistungen durch Pflegepersonen vorgezogen wird.

Ob ein gravierender Nettobeschäftigungseffekt einer stärkeren Erbringung personenbezogener Dienstleistungen durch Dienstleistungspools erzielt werden kann, ist fraglich. Bei einer angestrebten Zurückdrängung geringfügiger bzw. informell erbrachter Beschäftigung ist längst nicht eine zahlenmäßige Kompensation sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu erwarten. Demgegenüber wären bei einer Privatisierung der durch die Mitglieder der Freien Wohlfahrtspflege erbrachten Dienste Effizienzvorteile zu erwarten, die eine kostengünstige Leistungserstellung ermöglichen.¹⁹

Um die Wirkungen vermehrter Dienstleistungsarbeitsplätze auf die Arbeitslosigkeit abschätzen zu können, sind Annahmen über die möglichen Wiederbeschäftigungschancen von Arbeitslosen zu postulieren. Wenig Informationen liegen vor über die Vereinbarkeit der Profile der Arbeitslosen mit den

Anforderungen der Tätigkeiten. Aufgrund der geringen Qualifikationsanforderungen ist die Bereitschaft der Arbeitslosen noch wichtiger, gesellschaftlich gering bewertete Tätigkeiten zu übernehmen. Häufig bestehen aufgrund der sektoralen Einkommensdifferenzen Mobilitätshemmnisse von Arbeitslosen, die aus dem industriellen Bereich stammen. Zwar ist einer Panelanalyse zu entnehmen, daß sich der berufsstrukturelle Wandel nicht nur über Neueintritte in das Beschäftigungssystem, sondern auch über Wechsel aus industriellen in Dienstleistungsberufe vollziehen (Matheus 1995), es zeigt sich aber, daß die sozialen und konsumorientierten Dienste relativ abgeschlossene Berufsfelder darstellen, die bisher für die sektorale Mobilität der Beschäftigten wenig hergaben.

4 Schlußfolgerungen

In allen Industrieländern ist das Wirtschaftswachstum beschäftigungsintensiver geworden. Die arbeitsmarktpolitisch positiv zu bewertende Abflachung des Produktivitätsfortschritts in der Industrie wirkt allerdings unter Wachstums Gesichtspunkten beunruhigend. Nach einer Unternehmensbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung scheint sich eine Trendumkehr anzudeuten, nach der wieder mit einem zunehmenden Produktivitätsfortschritt in wichtigen Bereichen des verarbeitenden Gewerbes zu rechnen ist (Goldrian, Ruppert, Schnur 1994). Möglicherweise ist auch im unternehmensbezogenen tertiären Sektor mit einem Trendbruch in der Produktivitätsentwicklung zu rechnen, der vom zunehmenden internationalen Wettbewerb und der Diffusion der modernen Informationstechnik ausgelöst wird.

Die Expansion der Dienstleistungen hat die Beschäftigungsschwelle des Wachstums entscheidend gesenkt. Allerdings sollte die beeindruckende Beschäftigungsleistung der amerikanischen Wirtschaft, die durch starkes Wachstum des tertiären Bereichs getragen wurde, nicht ohne die einkommens- und sozialpolitischen Begleiterscheinungen bewertet werden. Aus amerikanischer Sicht werden im übrigen die erheblichen Wohlstandsgewinne in Europa positiv bewertet, die trotz der Finanzierung hoher Arbeitslosigkeit möglich waren.

Gleichwohl gilt es, mit Blick auf die anhaltenden Arbeitsmarktprobleme gering qualifizierter Arbeitskräfte in Europa und Deutschland mehr Arbeitsplätze im beschäftigungsintensiven Bereich der personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungstätigkeiten zu schaffen. Dabei sollte vermieden werden, Arbeitsplätze um jeden Preis zu schaffen, die kein existenzsicherndes (Vollzeit-)Einkommen ermöglichen. Mit einer Subventionierung von haushaltsbezogenen Dienstleistungsarbeitsplätzen sollen diese aus dem prekären Bereich herausgeführt werden und so Beschäftigungsalternativen für gering qualifizierte Arbeitskräfte jenseits des zweiten Arbeitsmarktes eröffnet werden. Für die Förderung solcher Arbeitsplätze stünden erhebliche Mittel zur Verfügung, die derzeit für Sozialtransfers ausgegeben werden. Gegenüber einigen Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt ergeben sich Vorteile einer regulären Arbeiterfahrung, die berufliche Mobilitätsprozesse stärker unterstützen können. Allerdings sind durch gesellschaftliches Lernen Bewußtseinsprozesse zugunsten einer höheren Bewertung solcher Tätigkeiten anzustoßen. Damit keine marginalisierten Beschäftigungsformen entstehen, sollte der neue Beschäftigungsbereich durch tarifvertragliche Vereinbarungen entwickelt werden. Der Beitrag einer Ausweitung der haushaltsbezogenen Dienstleistungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit sollte nicht überbewertet werden, aber die Förderung kann ein wichtiges Element im Rahmen eines arbeitsmarktpolitischen Instrumentenmixes werden.

¹⁸ Von 1980 bis 1995 ist in den alten Bundesländern die Zahl von 44800 auf 33000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gefallen. In den neuen Bundesländern wurden Mitte 1995 in diesem Bereich lediglich 900 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gezählt.

¹⁹ Siehe zur Kritik an der gegenwärtigen Leistungserbringung personenbezogener Dienstleistungen im Sozial- und Gesundheitssektor H.-J. Brauns: Personenbezogene Dienstleistungen zwischen veränderten Anforderungen und wachsendem Effizienz- und Kostendruck, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Beschäftigungsfelder der Zukunft – personenbezogene Dienstleistungen, Bonn 1995, S. 39-47.

Literaturverzeichnis

- Auer, P. (1995): Das amerikanische Beschäftigungswunder, in: Beschäftigungsobservatorium Nr.49, Frühjahr 1995
- Baumol, W.J. (1967): Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, in: American Economic Review, S. 415-426
- Bingley, P., Bjørn, N. H., Westergård-Nielsen, N. (1995): Wage mobility in Denmark 1980 - 1990, in: V. Steiner, L. Bellmann (Hrsg.): Mikroökonomik des Arbeitsmarktes, IAB-Kontaktseminar mit dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, BeitrAB 192, Nürnberg
- Bogai, D. (1995): Verfestigte Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, in: Wirtschaftsdienst 3
- Brauns, H.-J. (1995): Personenbezogene Dienstleistungen zwischen veränderten Anforderungen und wachsendem Effizienz- und Kostendruck, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Beschäftigungsfelder der Zukunft – personenbezogene Dienstleistungen, Bonn, S. 39-47
- Buiges, P., Ilzkovitz, F., Lebrun, J.-F., Sapir, A. (1994) (Hrsg.): Market services and European integration. The challenges for the 1990s, Europäische Wirtschaft, Luxemburg
- Bundesanstalt für Arbeit (1986) (Hrsg.): Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, Fachsymposium am 18. und 19. Juni 1985 in Nürnberg, BeitrAB 96, Nürnberg
- Buttler, F. (1994): Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik, IAB-Werkstattbericht Nr. 8/31.8.1994
- Englander, A.S., Gurney, A. (1994): OECD Productivity Growth: Medium-Term Trends, in: OECD Economic Studies, No. 22, Spring
- EU-Kommission (1994a): Die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland, Europäische Wirtschaft, Nr. 2/1994
- EU-Kommission (1994b): Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Herausforderung der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert, Weißbuch, Luxemburg
- EU-Kommission (1995): Beschäftigung in Europa, Luxemburg
- Fitzroy, F., Funke, M. (1994): Skills, Wages and Employment in Eastern and Western Germany, Discussion Paper No 33, Humboldt Universität Berlin
- Fourastié, J. (1969): Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln, ursprünglich 1954
- Franz, W., Profit, S. (1994): Wege aus der Unterbeschäftigung, in: H. König, S. 101-122
- Freeman, R. (1992): Lessons from European and American Markets: An American View, in: R. S. Belous, R. S. Hartley, K. L. McClellan (Hrsg.): European and American Labor Markets: Different Models and Different Results, National Planning Association und Friedrich-Ebert-Stiftung Washington Office, Washington DC.
- Goldrian, G., Ruppert, W., P. Schnur, P. (1995): Beschäftigung und Arbeitsproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe - Alte Bundesländer, Herbst 1994, IAB-Werkstattbericht Nr.5/29.6.1995
- Gershuny, J., Miles, I. (1983): The new services economy, London
- Hof, B. (1994): Beschäftigungsschwelle und Wachstum - was besagt die Empirie? in: ifo-Studien 2, S. 127-144
- Hof, B. (1995): Gleichgewicht durch andere Verteilung? Arbeitsmarktentwicklung im Systemzusammenhang, in: IW-Trends 3
- Horn, G.A. (1996): Kräftiges Wachstum und hohe Beschäftigung in den USA, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 5
- Hoffmann, E. (1988): Beschäftigungstendenzen im Dienstleistungssektor der USA und der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 2, S. 243-267
- Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (1993): Sozialversicherungsfreie Beschäftigung. Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung. Schlußbericht, Köln
- Klauder, W. (1988): Beschäftigungstendenzen der Dienstleistungen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, in: Dienstleistungen im Strukturwandel, Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 51. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin
- Klauder, W. (1990a): Zur Entwicklung von Produktivität und Beschäftigungsschwelle, in: MittAB 1, S. 86-99
- Klauder, W. (1990b): Ohne Fleiß kein Preis. Die Arbeitswelt der Zukunft, Zürich
- Klös, H.-P. (1996): Der Beitrag von Einfacharbeitsplätzen zur Verringerung der Sockelarbeitslosigkeit, Manuskript, Köln
- König, H. (1994): Bringt die EU-Beschäftigungsoffensive den Aufschwung? - Die deutsche Wirtschaftsforschung nimmt Stellung zum Delors-Weißbuch, Baden-Baden
- König-Baudouin-Stiftung (1994): Dienstleistungsgutscheine als Instrument der Entwicklung von Dienstleistungstätigkeiten im Nahbereich, Abschlußbericht
- Kohler, H., Rudolph, H., Spitznagel, E. (1996): Umfang, Struktur und Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung - Eine Bestandsaufnahme, IAB-Kurzbericht Nr. 2/3
- Kress, U. (1994): Die negative Einkommensteuer: Arbeitsmarktwirkungen und sozialpolitische Bedeutung. Ein Literaturbericht, in: MittAB 3, S. 246-254
- Krupp, H.-J. (1986): Der Strukturwandel zu den Dienstleistungen und Perspektiven der Beschäftigungsstruktur, in: MittAB 1, S. 145-158
- Matheus, S. (1995): Wechselmöglichkeiten aus industriellen Berufen in Dienstleistungsberufe. Eine Analyse mit Daten des sozioökonomischen Panels, in: MittAB 2, S. 224-238
- Mitschke, J. (1995): Steuer- und Sozialpolitik für mehr reguläre Beschäftigung, in: Wirtschaftsdienst, 2/1995, S. 75-84
- Möller, J., Bellmann, L. (1995): Der Wandel der industriellen und qualifikatorischen Lohnstruktur im Verarbeitenden Gewerbe, in: W. Franz, V. Steiner (Hrsg.): Der westdeutsche Arbeitsmarkt im strukturellen Anpassungsprozeß, ZEW-Wirtschaftsanalysen, Bd. 3, Baden-Baden, S. 65-90
- OECD (1993): Employment Outlook 1993, Paris
- OECD (1994): The OECD Jobs Study. Evidence and Explanations. Part I: Labor Market Trends and Underlying Forces of Change, Paris
- Otremba, W. (1995): Lohnsubventionen im Bietverfahren, in: Wirtschaftsdienst 4, S. 200-203
- Paque, K.-H. (1996): Structural Unemployment in Europe. Manuskript für die International Conference „European Labor Markets and Social Security (II)“ am 4.4.1996, Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Potsdam
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1988): Jahresgutachten 1988/89, Stuttgart und Mainz
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1993): Jahresgutachten 1993/94, Stuttgart
- Schettkat, R. (1995): Entwicklungsperspektiven und beschäftigungspolitische Bedeutung personenbezogener Dienstleistungen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Beschäftigungsfelder der Zukunft – personenbezogene Dienstleistungen, Bonn
- Schettkat, R. (1996): Vorbild USA? Entwicklung von Beschäftigung und Einkommen in den USA und der Bundesrepublik Deutschland, in: L. Alex/M. Tessaring (Hrsg.): Neue Qualifizierungsfelder und Beschäftigungsfelder, Dokumentation des BIBB/IAB-Workshops am 13./14. November 1995, Bielefeld

- Tessaring, M. (1994): Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010, in: MittAB 1, S. 5-19
- Thon, M. (1995): Demografische Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung - die Alterung des Erwerbspersonenpotentials, in: MittAB, 3, S.290-299
- Walwei, U., Werner, H. (1994): Europäische Union - Wachstum muß mehr Beschäftigung bringen, IAB-Kurzbericht Nr. 7
- Walwei, U., Werner, H. (1995): Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung im internationalen Vergleich. Ursachen, Arbeitsmarkteffekte und Konsequenzen, in: MittAB 3, S. 365-382
- Weinkopf, C. (1995): Professionalisierung privater Dienstleistungen durch Dienstleistungspools, Manuskript, Gelsenkirchen
- Wolff, H. (1990): Das Dienstleistungswachstum - eine moderne Umwegproduktion. Überlegungen zur Bedeutung der Dienstleistungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, in: MittAB 1, S. 63-67
- Vogler-Ludwig, K. (1995): Steuerliche Begünstigung der Beschäftigung von Haushaltshilfen, Beschäftigungs- und Steuereffekte, unv. Manuskript vom 14. März 1995